

KOMMENTARE

Zum Rücktritt von Michael Flynn:

Kongenialer Mitarbeiter

Von Karl Birkenseer

Die ersten Wochen im Amt geraten für den neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump zunehmend zum Stolperstart. Die schlechtesten Umfragewerte aller Zeiten, Dauerprobleme mit den Gerichten – und nun das sang- und klanglose Turbo-Aus für Sicherheitsberater Michael Flynn: Selten wurde der Anlauf eines erst vor Kurzem ins Weiße Haus gewählten Staatsoberhauptes zu einer derartigen Bauchlandung. Trump, der sich gern in allen Disziplinen für den Größten hält, der dem verhassten Establishment seine Erfahrung als abgezockter Winner-Typ entgegenschleudert, erweist sich als der Dilettant, den seine Gegner, aber auch unabhängige Kenner des politischen Geschäfts schon immer in ihm gesehen haben.

Was Dilettantismus angeht, hat sich Sicherheitsberater Flynn kongenial zu seinem großen Boss verhalten. Noch bevor er dazu legitimiert war, hat er den Russen offenbar großspurige Versprechungen in Sachen Sanktionsabbau gemacht – und gleich noch eins draufgesetzt, indem er Vizepräsident Mike Pence falsch informierte. Was Flynn nicht auf dem Schirm hatte: Dass das gut funktionierende System freier Medien in den USA und die ebenso wie am Schnürchen laufende Maschinerie der Geheimdienste ihm auf die Schliche kommen würden.

In ihrer Unerfahrenheit und Machtversessenheit hatten Trump und sein enger Vertrauter wohl geglaubt, die demokratischen und sicherheitsrelevanten Mechanismen des Landes würden außer Kraft gesetzt, nur weil jetzt sie an den Schalthebeln der Macht sitzen. Wie billig von Trump, auch jetzt wieder „illegale Leaks“ für das Scheitern seines Apparates verantwortlich zu machen. Nicht Gesetzlosigkeit und „fake news“ haben Michael Flynn zu Fall gebracht, sondern Gesetzestreue und die Wahrheit, die ans Licht gekommen ist. – S. 4

Zu den Opel-Übernahmegesprächen:

Geduld bei GM am Ende

Von Tobias Schmidt

Bittere Nachricht für Opel: Der Konzernmutter General Motors geht wohl endgültig die Geduld mit dem deutschen Autobauer aus. Nachdem er auch 2016 nicht aus den roten Zahlen gekommen war, das 17. Jahr in Folge im Minus abgeschlossen hatte, erwägt GM nun den Verkauf an Peugeot. Die Überlebensgarantie, die GM-Chefin Mary Barra vor drei Jahren abgegeben hatte, könnte damit hinfällig sein. Das Traditionswerk in Bochum ist bereits dichtgemacht. Nun hängt über den Standorten Rüsselsheim, Eisenach und Kaiserslautern das Damokles-Schwert. Denn die Absicht von Peugeot-Chef Carlos Tavares liegt auf der Hand: Geld sparen, Synergieeffekte nutzen, um die Wagen billiger verkaufen zu können.

Jetzt rächt sich, dass Opel nicht die Kurve gekriegt hat, auch die neuen Modelle nicht überzeugten und ein Zukunftskonzept fehlt. Im Ringen um Standorte wird die GM-Tochter jetzt die schlechteren Karten haben. Der französische Staat ist an Peugeot beteiligt, ein Job-Abbau im eigenen Land vor der Präsidentschaftswahl im Mai wäre nicht zu vermitteln. Ohne knallhartes Sparprogramm aber macht der Zusammenschluss keinen Sinn, graben sich die beiden Hersteller doch schon jetzt das Wasser auf dem stagnierenden europäischen Markt ab und haben kein Bein in den Wachstumsmärkten Asien und USA. – Wirtschaft

GEWINNER



Der Bürgermeister der belgischen Stadt Mechelen, **Bart Somers** (52), kann sich mit dem Titel „Bester Bürgermeister der Welt“ schmücken. Er habe es geschafft, Mechelen von einer „verwahrlosten“ in eine der „attraktivsten“ Städte Belgiens umzuwandeln, betonte die Jury der „City Mayors“-Stiftung in London. Sie hatte Somers, der früher bereits flämischer Ministerpräsident war, unter etlichen vorgeschlagenen Kandidaten zum Sieger gekürt. – kna/F.: Twitter

VERLIERER



Die US-Regierung hat gegen Venezuelas Vizepräsidenten **Tarek El Aissami** (42) Sanktionen wegen möglicher Verstrickung in den Kokainhandel verhängt. Er wird nun auf einer Liste mit Personen geführt, deren Vermögen eingefroren werden und mit denen niemand aus den USA mehr Handel treiben darf. Das teilte das US-Finanzministerium mit. Nach Angaben der US-Regierung kontrolliert El Aissami Drogenrouten nach Mexiko und in die USA. – dpa/F.: dpa



Von Mutter zu Mutter.

– Karikatur: Bengen

„Bei SPD wäre das Land in besseren Händen“

Die Verbesserungen bei der Rente können sich nach Ansicht von **Andrea Nahles** (SPD) sehen lassen. Im Interview sagt die Sozialministerin, wie ihre Partei weiterhin für Gerechtigkeit sorgen will.

der Rentengesetzgebung für diese Legislaturperiode?

Nahles: Wir werden an diesem Mittwoch auch die Ost-West-Rentangleichung im Kabinett beschließen. Damit haben wir in dieser Wahlperiode ein ganzes Bündel substanzieller Verbesserungen der Rente auf den Weg gebracht – von Rente mit 63 und Mütterrente bis zu Erwerbsminderungsrente und Renteneinheit. Das kann sich sehen lassen.

längeren Zeitraum strecken, haben wir eine gute Balance zwischen Nachteilen und Vorteilen. Ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung ist wirklich Zeit für ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West.

Wie viele Verlierer gibt es bei der Renteneinheit?

Nahles: Die Umstellung erfolgt in sieben Schritten bis 2025. Wer

für Geringverdiener, die lange gearbeitet haben?

Nahles: Wir haben im Koalitionsvertrag ganz klar vereinbart: Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll im Alter mehr als Grundsicherung erhalten. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit: Leistung muss sich lohnen – auch für Menschen mit niedrigerem Einkommen. Hier geht es um ein Kernversprechen unseres Sozialstaats. Mein Modell der Solidarrente sieht einen Aufschlag vor, der nach 35 Jahren Arbeit zu einer Rente führt, die zehn Prozent über der Grundsicherung liegt. Im letzten Koalitionsausschuss haben wir weitere Gespräche dazu verabredet. Die Gespräche laufen sehr schleppend. Ich befürchte, dass die Umsetzung der Solidarrente mit der Union in dieser Wahlperiode nicht mehr möglich ist. Wir werden das daher im nächsten Koalitionsausschuss erneut auf die Agenda setzen.

zeitig eine Explosion des Beitragssatzes verhindert. Wie kann das funktionieren?

Nahles: In Anbetracht der demografischen Entwicklung wird es ganz ohne Beitragserhöhungen sicherlich nicht gehen. Martin Schulz und ich werden in den nächsten Wochen weiter Gespräche führen und ein Modell erarbeiten. Die Sicherung des heutigen Rentenniveaus steht dabei im Vordergrund. Wir wollen Renten-Ehrlichkeit. Deshalb gehört auch ein konkreter Finanzierungsvorschlag dazu.

Schulz will soziale Gerechtigkeit zum Oberthema machen. Zeichnet er angesichts immer neuer Arbeitsmarkt-Rekorde, Reallohn-Zuwächsen und starker Rentenerhöhungen nicht ein Zerrbild, wenn er behauptet, in Deutschland gehe es nicht gerecht zu?

Nahles: Natürlich geht es uns in Deutschland besser als vielen anderen. Trotzdem gibt es Ungerechtigkeiten, die jeder spürt. Es ist ein Grundgefühl in der Gesellschaft. Anders wäre auch nicht zu erklären, was sich in den letzten Wochen bei den Zustimmungswerten der SPD getan hat. Wer aus den unteren Einkommensschichten kommt, schafft heute weniger häufig den Aufstieg nach oben als früher. Gleichzeitig nehmen leistungslos erworbene Vermögen erheblich zu. Das kann man meinem Armuts- und Reichtumsbericht entnehmen. Darum kümmert sich die SPD. Hier geht es im Übrigen nicht um Neiddebatten.

Wirklich nicht?

Nahles: Das wachsende Gefühl sozialer Ungerechtigkeit werden wir weiter zum Thema machen. Nur ein Beispiel: Alle reden über Altersarmut. In den nächsten Jahrzehnten wird das in einigen Regionen – zumindest im Osten – eine Herausforderung, keine Frage. Das viel größere Problem haben wir aber aktuell bei der Kinderarmut. Wenn wir sehen, wie sich das verfestigt und die Armut in bestimmten Stadtteilen von Generation zu Generation weitergegeben wird, haben wir unsere Hausaufgaben noch nicht ausreichend gemacht. Über gute Lösungen müssen wir einen breiten gesellschaftlichen Dialog führen. Das gehört auf die Agenda.

Interview: Rasmus Buchsteiner

Frau Nahles, Sie erleben die Kanzlerin im Kabinett aus nächster Nähe. Sie kennen SPD-Kandidat Martin Schulz gut, verfolgen die Entwicklung genau. Erleben wir den Anfang vom Ende der Kanzlerschaft Angela Merkels?

Andrea Nahles: Meine Oma hat immer gesagt: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Aber es sieht gut aus im Moment.

Berauscht sich die SPD nicht zu sehr am „Schulz-Effekt“ und droht abzuheben?

Nahles: Der SPD ist es viele Jahre nicht gelungen, aus dem Umfragetief herauszukommen. Jetzt herrscht Aufbruchstimmung. Wir haben mit Martin Schulz einen Kandidaten, der mit seiner klaren Haltung die Leute erreicht. Bei der Union bleiben wir Zuschauer einer zerrütteten Ehe. Es sind die eigenen Leute, die Angela Merkel nicht mehr tragen. Bei der SPD wäre das Land in besseren Händen, weil

„Merkels Machtbasis ist eine Eisscholle, die vor sich hinschmilzt“

wir entschlossen und geschlossen sind. Frau Merkels Machtbasis ist eine Eisscholle, die vor sich hinschmilzt und inzwischen brüchig geworden ist.

Sie wären gern wieder Arbeitsministerin, sollte die SPD wieder in die Regierung kommen?

Nahles: Arbeitsministerin ist eine tolle Aufgabe. Ich hätte noch jede Menge Ideen für die nächste Wahlperiode.

Sie wollen nun erneut die Erwerbsminderungsrente verbessern. War es das dann mit



Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) wirft CDU und CSU vor, ihr Konzept der Solidarrente zu blockieren. – F.: dpa

Die Angleichung der Renten in Ost und West sollte bis 2020 vollzogen sein. Jetzt akzeptieren Sie Übergangsfristen bis 2025. Warum haben Sie nachgegeben?

Nahles: Ich stehe voll und ganz zu diesem Kompromiss. Die Wirkungen sind durchaus ambivalent, das war immer klar. Für diejenigen, die jetzt bereits in Rente sind, ergeben sich sofort spürbare Verbesserungen. Für alle in den neuen Ländern, die jetzt noch im Berufsleben stehen, ergeben sich Nachteile. Die bisherige Höherwertung der Ost-Löhne wird schrittweise abgebaut. Aber wenn wir den Übergang nun über einen

jetzt in Rente geht, erhält Bestandsschutz. Alle Rentensprüche, die durch die Höherwertung der Löhne im Osten zustande gekommen sind, bleiben erhalten. Und für die Generation der heute unter 45-Jährigen ist wichtig, dass im Osten bald bessere Löhne gezahlt werden. Durch den Mindestlohn hat es dort eine der größten Verbesserungen seit der Wiedervereinigung gegeben. Leider setzen viele Betriebe im Osten immer noch auf eine Niedriglohn-Strategie und wollen sich nicht nach Tarifverträgen richten.

Was wird eigentlich aus den Plänen für eine Solidarrente

Ehegatten sollen automatisch Betreuer sein

Im Unglücksfall sollen künftig Ehe- und eingetragene Lebenspartner in Gesundheitsfragen Entscheidungen treffen können.

Von Rasmus Buchsteiner

Berlin. Eheleute sollen künftig automatisch als Betreuer eingesetzt werden, wenn der Part-

ner schwer verunglückt oder psychisch erkrankt. Das geht aus einer Kabinettsvorlage von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hervor, die unserer Berliner Redaktion vorliegt und am heutigen Mittwoch grünes Licht im Bundeskabinett erhalten soll.

Demnach sollen Verheiratete künftig berechtigt sein, für ihren Partner Entscheidungen über Untersuchungen, Behandlungen und Operationen zu treffen, „wenn der andere Ehegatte aufgrund einer psychischen Er-

krankung oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung diese Angelegenheiten nicht besorgen kann“.

Bisher ging nichts ohne schriftliche Vollmacht

Ausgeschlossen sind Fälle, in denen die Eheleute getrennt leben oder der Partner jemand anderen bevollmächtigt hat. Nach bisheriger Rechtslage ist auch bei Ehepartnern eine schriftli-

che Vollmacht erforderlich, um über Operationen oder Untersuchungen entscheiden oder Einblick in die Krankenakte nehmen zu können. Die geplante Neuregelung soll auch für eingetragene Lebenspartner gelten.

Sie geht zurück auf eine Initiative des Bundesrats. Entgegen dem von den Ländern vorgelegten Entwurf will die Bundesregierung die Vertretung durch den Ehegatten allein auf Gesundheitsangelegenheiten beschränken. „Wir begrüßen das Ziel der Bundesratsinitiative, Bürgerinnen und Bürgern im

Fall einer schweren Erkrankung oder eines Unfalls die Möglichkeit zur Vertretung des Partners zu eröffnen“, erklärte Maas im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion. Mit dem Kabinettsbeschluss solle Missbrauch noch besser vorgebeugt und das Regelwerk vereinfacht werden. Auch wolle man die Bereitschaft zur Erteilung einer Vorsorgevollmacht nicht beeinträchtigen. Laut Kabinettsvorlage sollen die Stundensätze für die Vergütung von Berufsbetreuern erhöht werden – um elf Prozent.

ZITATE

„Ich weiß, der Landesvorsitz der Bayern-SPD ist kein Erholungsurlaub.“

Der bayerische SPD-Politiker Florian von Brunn zu seiner Kandidatur für den Landesvorsitz der Sozialdemokraten.

„Frauen, die sich abgrenzen, gelten schnell als zickig, während Männern das gleiche Verhalten als Stärke ausgelegt wird.“

Die französische Schauspielerin Isabelle Huppert in der Zeitschrift „Brigitte Woman“. Huppert spielt die Hauptrolle im Film „Elle“, der am Donnerstag in den deutschen Kinos anläuft.

„Das ärgert mich, dass ich es gar nicht sagen kann. Am liebsten würde ich heimfahren oder etwas kaputt hauen.“

DSV-Alpindirektor Wolfgang Maier nach dem Aus der deutschen Mannschaft in der ersten Runde des Team-Events bei der Ski-Weltmeisterschaft.